

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Redaktionssitz: Dresden.
Verlags-Gesellschaft: Dresdner Nachrichten.
Gesamtausgabe: 25 241
Preis für Nachdrucke: 2001.

Bezugs-Gebühr
Anzeigen-Preise.

Schriftleitung und Herausgeberschaft:
Marktstraße 38/40.
Druck u. Verlag von "Epich & Reichert in Dresden".
Postleitzahl-Nr. 1055 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachr.") zulässig. — Unterlonge Schriftlinie werden nicht aufbewahrt.

Die großen Projekte von Georges.

Räumung des Rheinlandes. — Aufbau Ruhrlands. — Hilfe für Deutschland!

Bor einer sensationellen Rede des englischen Premiers.

Gigner Drachbericht der "Dresden. Nachrichten". Cannes, 5. Jan. In alliierten Kreisen wird besprochen, dass Vlond George verschiedene Mitglieder seines Kabinetts und auch einige seiner politischen Freunde an die Diplomaten geladen habe. Er soll die Absicht haben, seine geheimnißvoll angekündigte Rede in der morgigen Sitzung des Obersten Rates zu halten, die am Sonnabend vor der Gründungsrede des Staatssekretärs Georges auf der Washingtoner Konferenz überstreichen soll. Der englische Ministerpräsident soll die Absicht haben, in dieser ersten Sitzung sofort seine großen Projekte zu entrollen, und diese betreffen in der Hauptsache:

die Räumung des linken Rheinufers, den Wiederaufbau Ruhrlands und finanzielle Hilfe für Deutschland, um dieses in die Lage zu versetzen, seinen Widerstand zu heben, ohne das aber dadurch der Stand des Prinz Sterling Schaden erleiden dürfe.

Vlond George wird auch seine großen Pläne an Rettung Europa darlegen, die nach Bekürchungen französischen Kreises darauf hinauslaufen würden, alle französischen Hoffnungen auf die Zahlung weiterer Goldmilliarden durch Deutschland an nichts ansetzen und nun die Naturalisierungen aufrecht zu erhalten. Dafür willde Vlond George auf die Rückzahlung der französischen Schulden verzicht leisten.

Das Echo an der Seine.

Gigner Drachbericht der "Dresden. Nachrichten". Paris, 5. Jan. Der Sonderberichterstatter des "Tempo" widerholt der Mitteilung von der morgen zu erwartenden großen Rede Vlond Georges und erklärt, dass die geistige Unterredung zwischen Vlond George und Briand etwas Resariges nicht voraussehen lasse. Nach dem "Tempo" wird sich Vlond George in seiner Rede nur mit den deutschen Zahlungen beschäftigen, um den Wünschen Frankreichs in dieser Hinsicht zu entsprechen. Dabei wird er dem Wunsche Ausdruck geben, dass die Anlegungen in einem Frankreich anhängigen Sinne entschieden werde.

Bisher offizielle Bestiedigung.

Gigner Drachbericht der "Dresden. Nachrichten". London, 5. Jan. Eine Exchange-Meldung besagt: Bis hier sei keinerlei Übereinkunft bezüglich des Programms der Konferenz des Obersten Rates erzielt worden. Vlond George, der der Ansicht sei, dass die Frage der Reparation vom wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas abhänge, möchte diese Frage gern an die Spalte des Programms legen. Auch Vlond George habe durchdrücken lassen, dass er von dem Ergebnis der geistigen Unterredung bestiedigt sei. — Außerdem wird noch aus Cannes gemeldet, in Spanienkreisen habe man die auf bestimmte Informationen begründete Auseinandersetzung, dass wenn ein Plan für die einzelne Neuordnung Europas von Vlond George und Briand aufgestellt werde, die Vereinigten Staaten sich bereiterklären würden, mitzuwirken. (W. T. B.)

Eine Erklärung des englischen Schatzkanzlers

Gigner Drachbericht der "Dresden. Nachrichten". Paris, 5. Jan. Der englische Schatzkanzler Horne erklärte dem Vertreter der "Daily Mail", dass in Cannes die Frage entschieden werden müsse, ob Deutschland tatsächlich vor der Gefahr des Zusammenbruches steht oder ob es die Alliierten zu betrügen verfüge. "Daily Mail" schreibt, dass die Engländer sich auf der Konferenz bemühen würden, Zahlungsmöglichkeiten in einer Weise festzulegen, dass sowohl die Verbündeten dadurch vollkommen befriedigt würden, als auch die gemeinsamen industriellen Interessen Europas vor Schaden bewahrt blieben. Jedemfalls seien die Engländer entschlossen, in Cannes das entscheidende Gefecht in der Reparationsgeschichte zu schlagen.

Englands Bedingungen für ein Defensivbündnis mit Frankreich.

Gigner Drachbericht der "Dresden. Nachrichten". Cannes, 5. Jan. Hier verlautet gerüchteweise, dass Briand noch immer ein Defensivbündnis mit England abschließen möchte. England werde jedoch zur Bedingung eines solchen Bündnisses machen, dass Frankreich zu Lande teilweise, zur See vollständig abrücke und insbesondere die Unterseeboote aufhebe. Amerikanische Einflüsse sollen in Cannes am Werke sein, die England veranlassen, für die Durchführung dieses Projektes einzutreten.

Die Umwandlung der belgischen Priorität in Naturalisierungen.

Gigner Drachbericht der "Dresden. Nachrichten". Cannes, 5. Jan. Unmittelbar nach Eintreffen des Finanzministers Doumer sowie der französischen Abordnung hatte Briand eine erste Unterredung mit Doumer. Um 11 Uhr stand eine Zusammenkunft zwischen den Ministern statt, an der für Frankreich Doumer und Louchard, für England Worthington Evans und Robert Horne und für Belgien Theunis und Japar teilnahmen. Man sprach über das Abkommen der Finanzkonferenz vom 18. August und über die belgische Priorität. Die erste Besprechung dauerte nur 40 Minuten. Ihr folgte kurz darauf eine zweite, an der dieselben Persönlichkeiten und diesmal auch der italienische Vertreter teilnahmen. Für den Nachmittag war eine neue Besprechung der französischen, englischen und belgischen Minister anberaumt, an der auch die Italiener teilnahmen. Dabei wurde wiederum über die Reparationsfrage gesprochen. Man

glaubt, dass die belgische Abordnung in der Frage der Priorität zwar nicht nachgegeben habe, doch sie aber als Voraussetzung für die Naturalisierungen annehmen wolle. Man spricht davon, dass diese in Eisenbahnmateriel und in Eisen und Holzhäusern für den belgischen König beschafft werden sollen. Die belgischen Minister haben, wie verlautet, auf Verlangen des belgischen Königs in diesem Sinne entschieden.

Die deutsche Antwort an die Reparationskommission.

Berlin, 5. Jan. Wie W. T. B. erfuhr, hat die Deutsche Reparationskommission am 4. Januar abends der Reparationskommission eine Note überreicht. Darin wird die Übermittlung der Antwort zu den von der Reparationskommission in ihrer Note vom 2. Dezember aufgeworfenen Fragen angekündigt. Am Vormittag wird die Annahme ausgetragen, dass mit Rücksicht auf den Zusammenschluss der in der Note der Reparationskommission vom 18. Dezember gestellten Fragen mit den Befehlshabern von Befreiungen des Obersten Rates bilden Anlegungen die deutsche Regierung auf seinen Widerstand hoffen werde, wenn sie sich gegenwärtig weiteren Anhänger an diesen Angelegenheiten enthalten. (W. T. B.)

Amerikas Rat für Europa.

London, 5. Jan. Die "Times" meldet aus Washington: Amerika werde keine Vertreter in Cannes haben. Vielleicht werden von ihren Beobachtern abhängen. Wenn Europa nicht in dieser Linie selbst helfen, sei es unmöglich, dass Amerika Europa helfen. Nach Ansicht der amerikanischen Regierung und des amerikanischen Volkes müsse Europa zwei Dinge ohne Belieferung tun. Es müsse den Streit über die deutschen Reparationen beenden und seine Landstrukturen auf das Friedensmaß herabsetzen.

Die China-Zölle.

Paris, 5. Jan. Nach einer Pariser Meldung aus Washington sollen Spanien, Deutschland und Russland, die der Frage der chinesischen Zölle interessiert sind, aufgefordert werden, an der zu bildenden internationale Zollkommission teilzunehmen. (W. T. B.)

Krafft über die Unzulänglichkeit des Wirtschaftskonjunktions.

London, 5. Jan. Krafft hat sich gegenüber einem Vertreter des "Times" über den Plan ausgesprochen, ein internationales Kapitalkonsortium mit einem Kapital von 20 Millionen Pfund Sterling zu gründen, das Russland wieder auf die Beine helfen soll. Er bestreitet den Plan als durchaus unzureichend, um die Bedürfnisse Russlands wirklich zu befriedigen. Es sei zurzeit mit Russland sehr schwierig, irgendwie unmittelbare Verbindungen zu schaffen, die als Basis für den internationalen Handel dienen könnten, so lange der im Innern des Landes bestehende Zustand nicht durch formelle Freiheit und soziale Rechte verändert sei. Die Frage der Regulierung des Handels mit Russland müsse auf eine breitere internationale Grundlage gestellt werden. Russlands Bedürfnisse seien zu groß, um von einer Privatgruppe befriedigt zu werden.

Das Interesse der Alliierten für Ruhrland.

Gigner Drachbericht der "Dresden. Nachrichten". Cannes, 5. Jan. Wie wir hören, hat Briand den Präsidenten der französischen Wirtschaftskommission, Jouhaux, um seine Ansicht über die Sowjetregierung gebeten. Jouhaux soll sich gewisse englische, französische und sowjetische Alliierte Persönlichkeiten nach Moskau begeben.

Ausweitung Avallot-Bermondis.

Berlin, 5. Jan. Avallot-Bermond, der seinerzeit an der Spitze deutscher diplomatischer Missionen im Baltikum tätig war, ist durch Berufung vom 16. Dezember mit Aris bis 17. Januar aus Berlin ausgewiesen worden. Seit Jahren erscheint hier ein Dokument in deutscher und russischer Sprache "Rusland" (Heimat), als dessen Herausgeber P. M. Avallot geltet.

Das Washingtoner Marine-Abkommen.

Gigner Drachbericht der "Dresden. Nachrichten". Washington, 5. Jan. Das Marinabkommen, das kurz vor seiner Fertigstellung steht, wird folgende Artikel enthalten:

1. Bestimmungen über die Einschränkung der Tonnage, des Kalibers der Geschütze und die Zahl der Schiffseinheiten einer Klasse.

2. Bestimmungen über den Erfolg dieser Einheiten nach einem für jede Macht aufgestellten Programm.

3. Bestimmungen über die Flugzeugbegleitfähigkeit.

1. Bestimmungen über die leichten Grenzen.

2. Bestimmungen über die Anwendung der Unterseeboote und das Verbot, Handelschiffe zu Artilleriezwecken zu verwenden.

Das Abkommen wird ferner Bestimmungen über die Bewaffnung von Bomben im Luftkriege enthalten und bestimmte Regeln für den Bau von Schiffen auf Privatwerften für Rechnung fremder Staaten aufstellen. Bestimmungen über die künftige Kriegsführung sollen ebenfalls erlassen werden, namentlich über die Kriegsführung gegen solche Mächte, die das Abkommen nicht unterzeichnet haben. Auch die Ausfertigung der Geschütze an Bord der Einheiten einer Klasse soll geregelt werden. Ferner wird das Abkommen Richtlinien über die Einverteilung periodischer Konferenzen geben, die Änderungen an den Bestimmungen des jetzt abzuschließenden Vertrages vornehmen können. Das Abkommen ist so weit vorgeschritten, dass das Marinakomitee wahrscheinlich heute eine Sitzung abhalten kann. Man spricht auch von einer Vollsitzung der Konferenz am Freitag oder Sonnabend.

Unabhängige und Mehrheitssozialisten.

Die Unabhängigen sind seit der Trennung von den Mehrheitssozialisten ihres vereinbarten Toleins nie rechtlich geworden. Ihr Gemütt blieb gespalten und zog sie immer wieder zurück nach der alten Gemeinschaft, wenn sie sich auch des Prinzips halber zunächst irregeführt hatten und so taten, als sei das Band zwischen ihnen und der großen Partei nie immer zerbrochen. Wie dann 1920 auf dem Parteitag in Halle die Kommunisten abgespalten, so dass das Gewicht der Einheit noch schwerer als vorher an den unabhängigen Eigenbürgern und immer bärigeren Bevölkerungslagen hinüber zu den ehemaligen Genossen, immer heitere Schauspieler zitierten hin zu den früheren Weggefährten. Auf Seiten der Mehrheitssozialdemokratie blieb man gegenüber solchen deutlichen Zeichen einer unantastbaren Unabhängigkeit selbstverständlich nicht ungerührt, um so weniger, als dort von Anfang an die Überzeugung vorgeherrscht hatte, dass alte Liebe nicht rosten könne und dass die Rückkehr auf die Einheitsfront des Proletariats" schließlich alle Gemeinde überwinden und die im Geiste ihres Herzens vorderstes zusammengehörigen Schmachtden wieder zusammenführen werde. Dass die Unabhängigen auf jeden Fall bei der Mehrheitssozialdemokratie offene Arme finden werden, darüber liegen die Annahmen der mehrheitssozialistischen Führer in der Parteipresse keine Zweifel übrig. So stehen die Dinge im Angesicht des letzten Parteidates der Unabhängigen, der am Sonntag in Leipzig eröffnet wird.

Die Presse beider Richtungen hat sich bereits längere Zeit vor dem Zusammentreffen des Parteidates mit der Einigungskräfte einzehend befasst und ein Überblick über die verschiedenen Auslassungen ergibt das Bild, dass die mehrheitssozialistischen Organe überwiegend günstig urteilen, während die unabhängigen Blätter zurückhaltender sind, weil sie vor dem Radikalismus ihres linken Flügels Sorge haben. Der rechte Flügel der Unabhängigen, der unverkennbar mit einem unverdecklichen Impuls der Einigung entgegensteht und von Differenz und Breitscheld gefährt wird, fühlt sich gegenüber dem robusten Gebaren des unter der Fuchtel von Crispin und Lebedow liegenden linken Flügels augenscheinlich ziemlich unbehaglich und pendelt zwischen Kraft und Willen hin und her. Die Mehrheitssozialisten haben sich alle Mühe gegeben, die schwankenden Rechtsunabhängigen aufzumuntern und ihnen die Vorteile der Einigung in den rosigsten Farben auszumalen. Der Reichstagspräsident Paul Lübe erklärt im "Borsigars", die bisherige Taktik der Unabhängigen könne lediglich dazu dienen, die gesamte Arbeiterbewegung abwärts zu bringen. In der gegenwärtigen Ergänzung aber, in dem verhindigen Zusammensetzen werde beiden Teilen ebenso sehr wie der Gesamtheit genutzt. Die Mehrheitspartei werde dadurch einen Zuwachs von tüchtigen Theoretikern und Professoren erhalten, sie erbe einen gewissen Fonds von Verbündeten, die die Unabhängige Partei im Auslande ausselbstlos erworben habe. Die Unabhängigen wiederum führen aus einer hoffnungslosen Mittelstellung heraus, die weder ihrem rechten noch ihrem linken Flügel behagt. Vor allen Dingen aber würde die Einigung beider Richtungen in Deutschland ein wichtiger Schritt zur internationalen Einheitsfront der Arbeiterklasse werden, die anlässlich der bevorstehenden Internationalisierung des Großkapitals als eine Vorbedingung für den Erfolg erscheine.

Vom Standpunkt der psychologischen Erkenntnis der Sozialdemokratie ist in den Auslassungen Lübes besonders interessant der Hinweis auf die internationale Wirkung des Auslandsschlusses. Man darf: in demselben Augenblick, wo ein französischer Sozialist erklärt, dass in Frankreich selbst die Kommunisten eingefleischte Nationalisten seien, und wo fast in aller Herren Ländern die gesamte Arbeiterbewegung sich stränen auf den Boden der nationalen Interessen stellt, bedient sich der Präsident des Deutschen Reichs als Lockmittel gegen den Unabhängigen der abgetasteten Phrase von der Internationalität der Arbeiterklasse und fragt den Unabhängigen damit zu schmeißen, dass er als eine für die Mehrheitssozialisten besonders empfehlenswerte Eigenschaft das Vertrauen hervorhebt, das sie die ehemaligen Parteigenossen ausgerechnet im Auslande errungen hätten! Für die psychologische Einstellung der Mehrheitssozialdemokratie ist noch eine weitere Aufführung bestimmt, die sie im Hamburger "Echo" findet und darin gesetzt, dass den Mehrheitssozialisten mehr näher als der Gedanke einer Koalition mit der immer noch in privatisierter Interessenwahrnehmung verfangenen Volkspartei auch heute noch die Wiedervereinigung mit der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei seien. Aus dieser Offenherzigkeit ist zu erkennen, dass die Koalitionsfrage zum mindesten von einem Teile der Mehrheitssozialdemokratie nicht in dem Sinne einer logalen, innerlich gern gewünschten Mitarbeit mit den bürgerlichen Parteien zusammen zum Wohle des Ganzen ausgestrahlt wird, sondern dass noch immer die Anhäufung Anfang stand, wonach das Zusammensetzen mit den bürgerlichen Parteien für die Sozialdemokratie lediglich ein notwendiges Uebel sei, von dem sie sich so bald als möglich befreien müsse. Die Mehrheitssozialdemokratie kann sich also von der Vorstellung nicht freimachen, dass sie berufen sei, in den Regierung des neuen demokratischen Deutschlands eine führende, beherrschende, alle anderen Parteien übertreffende Rolle zu spielen, und da die Bürgerlichen die durch nichts begründeten Ansprüche seines Falles zugeben können, sondern auf der Einordnung der Sozialdemokratie in Fleis und Blut bestehen müssen, so führt die sozialdemokratische Schule immer aufs neue zu der Vereinigung mit den Unabhängigen hin, um bei den zu

Ißenden Aufgaben auf inner- und außenpolitischem Gebiete, ein besonders starkes Gewicht in die Wagschale werfen zu können. Das parteipolitische Maßprinzip bedeckt die Sozialdemokratie ganz, und der Gedanke, daß der Block der beiden sozialistischen Parteien fast genug sein werde, um die sozialistischen Bestrebungen mit Hochdruck zur Geltung zu bringen und den bürgerlichen Einfluß zurückzudrängen, hat eine geradezu jugendliche Kraft, die freilich bei den Mehrheitsparteien zurück offenbar noch stärker wirkt, als bei den Unabhängigen.

Wenn man die Frage prüft, welche sozialen Gegenseiter zwischen den beiden Richtungen bestehen, so findet man so wenig Trennendes zwischen den Mehrheitssozialisten und dem rechten Flügel der Unabhängigen, daß eigentlich nicht recht einzufallen ist, warum die Vereinigung nicht längst stattgefunden hat. Der linke Flügel der Unabhängigen steht freilich in starker grundsätzlicher Auseinandersetzung gegenüber der Mehrheitssozialdemokratie, insfern, als er der kommunistischen Richtung nahestehend ist und aus seinen Sympathien für die Ausweitung des Gewalturzinses, des Terrors gegenüber der bürgerlichen Bevölkerung sehr wohl mit der einzigen Einschränkung, daß die Kraft des revolutionären Proletariats sich nicht in aussichtslosen Putschern erprobieren darf, sondern daß die Gewalt für eine große, von vornherein schweren Erfolg versprechende Aktion aufgerufen sei. Der rechte Flügel der Unabhängigen da gegen steht grundsätzlich mit den Mehrheitssozialisten in der Konsolidation einverstanden, daß der sozialistische Weg nicht verlassen werden sollte, und das daher der Sozialismus durch den Parlamentarismus bewirkenden Einfluß auf die öffentlichen Angelegenheiten gewinnen müsse. Bei dem außerordentlich standigen Verhältnis der parteipolitischen Verhältnisse in Deutschland sowie aber ein wirtschaftlicher parlamentarischer Erfolg von der Sozialdemokratie nicht erzielt werden ohne Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien, und deshalb befindet die Sozialdemokratie eine unerlässliche Bedingung für den politischen Machtgewinn. Über diesem für die parteipolitische Taktik grundlegenden Satz sind die auf dem rechten Flügel der Unabhängigen stehenden Elemente mit den Mehrheitssozialisten in Übereinstimmung, daß sie deswegen getrost zusammenkommen könnten, ohne sich in die Haare zu geraten. Die einzige Meinungsverschiedenheit, die es hier noch zu überwinden gilt, ergibt sich aus den Unterschieden, wiefern die Koalition mit bürgerlichen Parteien gestattet sein soll, ob auch auf "reaktionärer" Parteien das Koalitionsprinzip Anwendung finden darf. Es handelt sich dabei vor allem um die Deutsche Volkspartei, die für einen Teil der Mehrheitssozialen immer noch eine Art von Popanz darstellt, mit dem sie ein wichtiger Sozialist nicht einlaufen dürfte, ohne in die Falle des Teufels zu geraten. Der Befehl des bürgerlichen Parteienrates, der für die Mehrheitssozialdemokratie die Möglichkeit einer Koalition mit der Deutschen Volkspartei eröffnete, hat auf die Bestrebungen zu den Reichsbahnabschlüssen offenbar einen leicht störenden Einfluß ausgeübt, aber doch keineswegs in solchem Maße, daß dadurch der Befehl zur Einigung verhindert worden wäre. Der Hauptrichter Preußisch hat schon vorgefordert, daß diese kleine Unstimmigkeit in dem gegenwärtigen Verhältnis nur nicht zu einer Kompromiß- und Staatsallianz ausmachen kann. Er empfiehlt keinen engeren Meinungsabschluß, ein großes Einzugekommen gegen die mehrheitssozialistischen Parteien, wenn nicht vor einer allzu harten Konsolidation der Sozialistfrage herstellenden Meinungsverschiedenheit und erklärt, es liege sich praktisch ein mehr für die Sozialdemokratie erreichen, wenn die Unabstimmigkeit in der Parteiaffäre etwas mehr Beweglichkeit zeige. Wenn es weiter nichts wäre, was der Einigung im Wege steht, ließe sie fast alle leicht herbeiführen. Edithmangenannt, was der Reichsbahnabschluß über den Reichsbahnabhängigen statt verholt, kommt keine zu demütige Führer, das in dem Zusammenschluß, wo die U. S. P. sich für das Verbleiben des bürgerlichen Mehrheitsparteiens Dr. Börsig im Amt ins Zeug werfe, das Reichsbahnabschluß gegen die Vereinigung an der Tradition mit einer Rechtspartei nicht mehr ganz ausreichend Verteidigung kommen könnte. Der Anfangsbericht der feindlichen Seite Trennung herbeiführte, die Bewilligung der Strafverschreitung wird von Jahr zu Jahr weniger aktuell, als das auf die Tauer, so schwächer noch erhitzen könnte. Das bleibt dann also als Trennungssgrund schließlich noch übrig: ein mehrheitssozialistisches Blatt, die "Volksstimme" in Donez trifft wohl das Mitbringe mit der Meinung, daß dem Abstimmungsrat des rechten Flügels der U. S. P. mit dem mehrheitssozialistischen Partei kaum noch Schwierigkeiten bei der Wahl zu machen wären, wenn nicht die Unabhängigen Partei am Ende einen kleinen Anteil hätte. Das ist des Padestern. Die überparteilichen Elemente, die auf dem Parteitag der Unabhängigen 1920 die Zukunft des Proletariats zum Progrämm eingeschlossen haben und auf dem Boden des rückwärtigen Menschenkreises stehen, die feindselige Verständnis für die Rechtsparteien einer großen Politik im Rahmen der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung bestehen, sie sind es, die unverhinderlich in der Unabhängigen Partei die Rute schwingen und die Vertreter des rechten Flügels nicht in Atem kommen lassen. Bei der wenig mutigen und mannschaftigen Art, wie die Mehrheitssozialen gegenüber dem betrüpflichtigen Verteilen der Grünen-Ledebur-Gruppe auftreten, ist nicht zu erwarten, daß sie in Leipzig den Blutinden werden. Dem Stadtkonsulat die Wehrhaftigkeit förmlich und feierlich aufzuhängen und mit klingendem Spiel geschlossen und sonst der Mehrheitssozialdemokratie abzurücken. Der Börsig war durch wohl die Lage richtig erlassen, wenn er im Moment an den sonstigen optimistischen Erwartungen der mehrheitssozialistischen Presse der Meinung ist, daß man vom Verbündeten Parteitag eine große Tat, die der Einigung näher bringe, nicht erwarten dürfe. Der Rest der Tage wird wohl so sein, daß die Mehrheitssozialen allmählich einzeln, gewissermaßen bei Nacht und Nebel, zu den Mehrheitssozialistischen hinüberwälzen, bis schließlich der linke Flügel ganz unter sich ist und sich mit den Kommunisten verschmilzt.

Wachsende Verleuerung der Lebenshaltung. Das Emporschneiden der Reichs-Indezziffer.

Berlin, 5. Jan. Nach der Steuerung im Dezember 1921 teilt das Statistische Reichsamt mit: Obwohl durch die Steuerung der Staatsbank der Wert in Berlin im Dezember die Mehrheitssozialen zurückgingen, setzte sich die Aufholbestrebung der Lebenshaltung doch vom November zum Dezember in eine das vorhergehende Jahr überzeugende Fortsetzung weiter fort. Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes ist die Reichs-Indezziffer für die Lebenshaltungssachen vom November zum Dezember von 107 auf 109, also demnach um 1,3 Punkte oder 1,1 Prozent gestiegen. Weder im Dezember 1920 noch im November 1921 bestätigt die Steuerung 0,9 Prozent und gegenüber dem Mai, dem letzten Monat des vorherigen Jahres, 7,5 Prozent. Statistisch ist in den Monaten etwa zu dieser Steuerung im Herbstmonat die Erhöhung der Kosten für Wohnung und Betriebsaufwand, während die Wohnungsmeier in gleichem Maße weniger auszahlen müssen. Die Übersteigerung für die Ausgaben für Ernährung allein, die im November 1921 bestätigt wurde, ist um 13 Punkte oder 1,1 Prozent auf 208 gestiegen. Zu der Erhöhung der Ernährungsausgaben trugen im Herbstmonat fast sämtliche Lebensmittel bei. Die Preise für Brot, Nährmittel, Hülsenfrüchte und besonders Fleisch waren erneut an. Auch Gemüse, Kartoffeln und Eier wurden wiederum teurer. Die Preissteigerung für Fleisch war bis Mitte Dezember nicht einheitlich. (W. T. B.)

Der volksparteiliche Stadtverordnetenvorsteher in Berlin wiedergewählt.

Berlin, 5. Jan. In der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde heute der bisherige Stadtverordnetenvorsteher Göppert (D. P.), der Kandidat der bürgerlichen Parteien, mit 110 von 217 abgegebenen Stimmen wiedergewählt. Sein Gegenkandidat, der Sozialdemokrat Franz Krüger, erhielt 103 Stimmen.

Die Beamtenverhandlungen mit der Reichsregierung.

Berlin, 5. Jan. Im Reichsfinanzministerium trafen heute nachmittag 5 Uhr die Vertreter der Reichsregierung und der Spartenorganisationen zu den lang erwarteten Verhandlungen über die neue Tarifverhandlung für die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches zusammen. Zu den Verhandlungen nahmen Vertreter aller Reichsbehörden, des preußischen Finanzministeriums und Mitglieder des Wer-Ausschusses teil. Unter Börsig des Ministerialdirektors v. Schlieben vom Reichsfinanzministerium wurde eine allgemeine eingehende Aussprache gehalten. Es herrschte auf allen Seiten das Bestreben, die Verhandlungen so rasch zu führen, daß dem Reichstag bei seinem Wiederzusammentreffen am 19. Januar eine Vorlage zugehen kann. Anfang nächster Woche werden die Verhandlungen fortgesetzt und dabei zunächst mit der Einzelverhandlung der Arbeitersachen begonnen werden, nachdem inzwischen die Reichsregierung mit den Finanzministern der Länder sich ausgetauscht haben wird. Am unmittelbaren Anschluß an die Arbeitersachen sollen die Beamten- und Angestelltenfragen behandelt werden. (wtb)

Neue Grundsätze für die künftige Beamtenlaufbahn.

Berlin, 5. Jan. In einer Entschließung hat der Beamtenausschuß des Reichstags die Reichsregierung erneut, für die künftige Laufbahn der Beamten aller Reichsverwaltungen allgemein gültige Grundätze zu erlassen, unbedeutender Regelung in besonderen Fällen. Diese Grundsätze sollen für Veränderungen sowohl den Nachweis der Beschäftigung durch Ablegung der Prüfung als auch durch die Bewährung im Dienst gelten lassen. Die Ausfüllung der Grundätze soll nach Vereinbarung mit den beteiligten wirtschaftlichen Vereinigungen der Beamten erfolgen. Sie sind dem Reichstag als Nachprüfung vorzulegen. Im Anschluß dieser Entschließung hat zunächst eine Befreiung zwischen Vertretern der Reichsbehörden und der einzelnen Landesregierungen stattgefunden. Im Anschluß hieran beabsichtigt der Reichsfinanzminister, die Grundsätze mit den Vertretern der Vereinigungen der Beamten zu erläutern.

Das neue Beamtdisziplinarrecht.

und die übrigen Gebiete des Reichsbeamtenrechts sind im wesentlichen fertiggestellt. Der neue Minister des Innern hat aber verfügt, daß eine endgültige Fassung erst dann erfolgen soll, wenn der Reichstag das ihm seit einem halben Jahre vorliegende Beamtenvertretungsgesetz verabschiedet hat.

Bayern gegen die Zentralisation in der Eisenbahnverwaltung.

München, 5. Jan. Das Reichsbahnfinanzgesetz wird von bürgerlichen Sachverständigen durchaus verworfen. Sie führen namentlich an, wie verfehlt und kostspielig die Zentralisation, d. h. die Anhäufung vieler Verwaltungsinstitutionen an einer Stelle sich erwiesen hat, wie verteuert dies auch durch die Ausbildung jedes Wettbewerbs bei Lieferung von Eisenbahnbedarf gewirkt hat. Auch der dezentralisierte Einkauf habe sich früher ganz anders bewährt. Die Bundesstaaten, die auch bei diesem Gesetz nicht vorher gehört wurden, hätten alles Interesse, ihre Staatsverträge wegen der Eisenbahn neuverhandeln zu können, vielleicht deren Verwaltung wieder in ihre Hände zu bringen, was der von der Privatisierung der Eisenbahn erhofften Wirkung so ähnlich gekommen werde.

Ein Sachverständigenrat über das Eisenbahnfinanzgesetz.

Berlin, 5. Jan. Der Reichsverkehrsminister Groener hat für den 10. Januar einen Sachverständigen-Rat einberufen, um ihm Gelegenheit zur Stellungnahme zum Eisenbahnfinanzgesetz zu geben. Geladen sind zu diesem Zweck eine Anzahl bekannter ehemaliger Staatsmänner, sowie Vertreter aus Wirtschaft und Handel.

Das strittige Arbeitszeitgesetz.

Berlin, 5. Jan. Der Wirtschaftspolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates nahm den Gesetzentwurf über die Erhebung einer Abgabe bei der Ausfuhr von Waren einstimmig an. Mit neun gegen acht Stimmen wurde ferner ein von den Arbeitgebervertretern eingereichter Abänderungsantrag zum Gesetzentwurf über die Ablieferung von Ausfuhrdevizes angenommen. Der Gesetzentwurf über die unmittelbare Erfassung von Ausfuhrdevizes für Reparationsleistungen wurde mit neun gegen acht Stimmen angenommen. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates wurde bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes ein von Arbeitgeberseite einbrachte Antrag, der fordert, daß die Regierung möglichst bald Gesetzentwürfe für die in das Gesetz nicht eingeschlossenen Kategorien, besonders der gewerblichen Angestellten, vorlege, wurde mit 13 zu 15 Stimmen angenommen. Von den Arbeitnehmervertretern wurde erklärt, daß ihnen nach Annahme dieses Antrages eine weitere Mitarbeit nicht möglich erscheine. Ein Antrag auf Überweisung des Arbeitgeberantrages an das Plenum wurde vom Ausschuss abgelehnt. Er beinhaltete zur Lösung der strittigen Fragen eine zweite Beratung vorzunehmen. (W. T. B.)

Eine Konferenz der Ministerpräsidenten.

Berlin, 5. Jan. Nach Informationen des B. T. durfte die Zeitungsmeldung von einer bevorstehenden Konferenz der Ministerpräsidenten aller Länder beim Reichskanzler Dr. Börsig antreffen. Die Konferenz werde im Laufe des Januars in Berlin zusammentreten und sich mit der gesamten innen- und außenpolitischen Lage beschäftigen.

Keine Verhandlungen über ein Steuerkompromiß.

Berlin, 5. Jan. Nur gelegene Beweisführung des Reichsfinanzministers mit den Fraktionführern des Rechtm. der Demokraten und Sozialdemokratie teilt die "Dtsch. Allgem. Zeitung" mit, es habe sich um eine Aussprache über die allgemeine Lohn gehandelt; die Annahme, daß die Beweisführung zum Ziel gehoben habe, ein Komromiß in der Steuerfrage anzubauen, treffen nicht zu.

Die Ermittlungen zum Fall Morville.

Berlin, 5. Jan. Die Ermittlungen des Reichsministeriums in der Affäre Morville sind noch nicht abgeschlossen. Sicher ist der angebliche Brief, der von einer anstehenden Persönlichkeit dem Reichsministerium zugelaufen sein soll, in dem vorliegenden Aktenmaterial noch nicht gefunden worden. Man nimmt auch an, daß Morville durch unrichtige Quellen von dem Entstehen des Briefes Kenntnis erhalten hat, noch bevor das Schreiben in den Besitz seines Vorgesetzten gelangt ist. Eine endgültige Klärung der Angelegenheit dürfte erst dann möglich sein, wenn die beiden direkten Vorgesetzten des Morville, von denen der eine zuzeitig in Riga weilte, während der anderen schwer erkrankt ist, gehört worden sind.

Minister Severing und die Schutzpolizei.

In Beantwortung einer Alzinen Anfrage teilt der Minister Severing mit, daß er antirepublikanische Kundgebungen in der Schutzpolizei in Aktion, mit Dienstentlassung bestrafen wird und Geldstrafen wie sein Amtsvoorgänger als nicht ausreichend erachtet, da die Polizei treu auf dem Boden der Verfassung stehen müsse.

Generaldirektor Felix Seige +.

Berlin, 5. Jan. Generaldirektor Felix Seige, Vorstandsführer der "Deutschen Tageszeitung", Drucker und Verlag A. G., ist gestern nach im Alter von 61 Jahren gestorben.

Falschmeldungen über das deutsche Eigentum in Amerika.

Hamburg, 5. Jan. Die Banken erlassen folgende Bekanntmachung: Über die Freigabe des in den Vereinigten Staaten von Amerika beschlagnahmten deutschen Eigentums sind in den Tageszeitungen irreführende Mitteilungen verbreitet worden. Was mit dem beschlagnahmten deutschen Eigentum geschehen soll, hat nach der "Trading with the Enemy Act" der amerikanische Kongreß durch Gesetz festgelegt. Solange dies Gesetz nicht erlassen ist, sind alle Schritte zur Erlangung der Freigabe deutschen Eigentums zwecklos und verfrüht. Alle anderen Informationen beruhen auf Missverständnis. Die Mitglieder der unterzeichneten Vereinigung widmen der Angelegenheit nach wie vor ihre volle Aufmerksamkeit und werden zu gegebener Zeit durch öffentliche Bekanntmachungen den Interessen von den nötigen Maßnahmen Kenntnis geben und ihre Dienste für die Vermittlung in der Angelegenheit zur Verfügung stellen.

Diese irreführenden Mitteilungen beruhen auf die missverständliche Auffassung der Section 9a des in ihnen angeworbenen amerikanischen Gesetzes. Die Bestimmung der Section 9a bezieht sich auf die sog. Bevorzugungen, das sind solche Personen, deren Eigentum in Amerika beschlagnahmt ist, weil es als deutsches Eigentum angesehen wurde, während es sich in Wirklichkeit um das Eigentum von Personen handelt, die entweder Diplomaten sind und infolgedessen die Extraterritorialität geniessen oder die geborene Amerikaner sind und die Staatsangehörigkeit durch Heirat, also nicht durch freiwillige Ausgabe verloren haben. Vor allem aber handelt es sich um die sog. Ex-Germanen, die die deutsche Staatsangehörigkeit durch Übergang deutscher Länder an die Alliierten verloren haben, also um Danziger, Elsäss-Vorländer, Polen usw.

Ein begrüßenswerter Antrag im Kongreß.

Washington, 5. Jan. (Durch Funkrund.) Das Mitglied des Kongresses Briten hat einen Antrag eingebracht, in dem Harding aufgefordert wird, auf der Abrüstungskonferenz die sofortige Auflösung aller alliierten Truppen aus Deutschland zu fordern. Briten erklärt, daß dadurch jährlich 125 Millionen Dollars erparat werden könnten und Deutschland in die Lage versetzt würde, diese Summe zu Reparationszahlungen zu verwenden. (W. T. B.)

De Valeras Warnung vor Nachgiebigkeit.

London, 5. Jan. In seiner Ansprache richtet de Valera die dringende Aufforderung an das irische Volk, seiner natürlichen Sehnsucht nach Frieden nach der langen Spannung zu widerstehen und erklärt: Wenn Ihr nachgebt, so werden Eure Opfer umsonst gebracht sein. Die Presse ist keine nationale Presse, sondern verrichtet das Feindes Werk, sonst würde sie das Volk vor dem drohenden Gefahr warnen, anstatt dem Schlag Vorsicht zu leisten. De Valera bittet das irische Volk, sich nicht in eine Entscheidung hinzuziehen zu lassen, für die die kommenden Generationen ihm schaden würden. Man verlangt von Euch Zustimmung zu einem Vertrag, der die britische Macht in Irland festlegt, und zwar nicht wie früher, durch eine Euch aufgewogene Parlamentsabstimmung, vielmehr verlangt man von Euch, daß Ihr Euch, indem Ihr Euer Ehrenwort abgabt, mit Euren eigenen Händen bindet. Zum Schluß entwirft de Valera die von ihm vorgeschlagene Lösung. (W. T. B.)

Enthüllung eines englischen Pressevertreters.

London, 5. Jan. Gestern nachmittag wurde in Dublin der Sonderberichterstatter der "Times", als er sich gemeinsam mit anderen Journalisten in einer Kolonialwarenhandlung befand, von drei Männern, die ihn mit Revolvern bedrohten, in einem bereitstehenden Kraftwagen nach Cork entführt. Wie verlornt, wird von ihm ein Widerruf einer von ihm verfassten Meldung verlangt. Als das Sonder-Parlament heute wieder zusammentraf, erhoben die Pressevertreter Einpruch und forderten Freilassung ihres Kollegen, sowie Bestrafung des Schuldigen. (W. T. B.)

Lösung der österreichischen Kabinettsskrise?

Wien, 5. Jan. Abgeordneter Dr. Podemann ist in Wien eingetroffen. Seine Anwesenheit steht mit den Verhandlungen von Pana im Zusammenhang. Er wird mit dem Bundespräsidenten Dr. Hahnisch und dem Bundeskanzler Scheber, sowie mit verschiedenen politischen Parteiführern Reden auf die Möglichkeit einer Regierungstruppe, die sich aus dem Abkommen von Pana ergeben kann, wird von dem Beisitzer Podemann in Wien besondere Bedeutung beigemessen. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß es gelingen werde, die politischen Schwierigkeiten ohne größere Erklärungen zu überwinden. Führen die eingeleiteten Verhandlungen zu einem Ergebnis, so ist mit der Bildung eines Kabinetts Scheber auf härter betonten parlamentarischen Grundlage zu rechnen.

Bethlens Entgegenkommen für Deutschland.

Budapest, 5. Jan. Eine Leidener Abordnung erfuhr den Ministerpräsidenten Bethlen um Zustimmung sprachlicher Rechte für die deutschsprachige Bevölkerung Ungarns und Einführung der deutschen Unterrichts- und Amtssprache in den deutschen Bezirken. Der Ministerpräsident erwiderte, er selbst habe deutsche Schule besucht und würde daher vollständig die Abhängigkeit an die deutsche Sprache. Nicht habe der Erfüllung der Wünsche der deutschsprachigen Ungarn im Wege, da hierzu auch das ungarische Nationalitätenrecht von 1868 eine Handhabe hätte. Der Ministerpräsident sah schließlich die Erfüllung der Wünsche völkisch-politischer Natur zu und forderte die Abordnung auf, einige Wünsche und Beschwerden ihm unverzüglich mitzuteilen. (W. T. B.)

Die Unwählbarkeit aller Habsburger.

Budapest, 5. Jan. Der oppositionelle Rasse wird morgen einen Parteigemeinschafts-Antrag einbringen, wonach die Unwählbarkeit aller Habsburger für den ungarischen Thron auszuschließen werden soll. Die Vorlage richtet sich besonders gegen den Erzherzog Albrecht, der für einen Teil der Landespartei noch kandidiert.

Tschechischer Chauvinismus.

Prag, 5. Jan. Zu der Kritik der deutschen Presse über die Neujahrsbotschaft des Präsidenten Vaclav auf nehmen die tschechischen Blätter in halblangen Artikeln Stellung und verhindern insbesondere durch Abwandlungen die Worte Vaclavs dort umgedeutet, wo sie dem tschechischen Chauvinismus und dem österreichisch-tschechischen Zustand dieses Staates gefährlich werden können. So will der "Bělorov" vor allem nichts von einem in einzelnen Blättern erzielten Verzicht zwischen Polen und der tschechischen Republik wissen, und meint sich energisch gegen die Ansiedlung Polens, das in beiden Staaten die nationalen Beziehungen gleichlaufend seien. Die "Česká Republika" hat in der Neuerung Vaclavs über die Anwendung der Staatsprache eine gefährliche Rückwendung entdeckt, die sie damit aus der Welt zu schaffen versucht, daß sie einzeln und allein in dem tschechischen Staatsvolk die politische Macht und die Auswirkung der Staatsprache aufrechterhalten will, während der andere schwer erkant ist, gehört worden sind.

Polnische Schikanen beim Eisenbahnverkehr im polnischen Korridor.

Die Polen verhindern absichtlich die Überquerung des deutschen Zugverkehrs im Korridor, so daß alle Linie

— nach preußischem Muster — müßtig die Grund- und die Gewerbesteuer einzuzahlen müssen. Bei der geschilderten Gesamtlage stand die Finanzverwaltung der Stadt vor besonderen Schwierigkeiten. Der städtische Haushalt schloß noch im Rechnungsjahre 1919 (1. Januar 1919 bis 31. März 1920) bei 21 Millionen Mark Einnahmen und 27 Millionen Mark Ausgaben mit 14 Millionen Mark Überschuss, der Schulhausbau mit 810000 Mark Überdeckung ab. Aber das vorläufige Rechnungsergebnis für 1920 (1. April 1920 bis 31. März 1921) zeigt — außer dem Verlust der Straßenbau mit 19 Millionen Mark — einen Jahresüberschuss von 200000 Mark auf, dem sich die Schule mit 380000 Mark debetragt anschlägt. Zur Deckung des auf 841 Millionen Mark berechneten Debetrags im Haushalt für 1921 liegt Ihnen eine Vorlage vor, die Sie in nächster Zeitung beschäftigen wird.

Das Vermögen der Stadt

wurde noch im Rechnungsjahr 1919 von 55,7 auf 85,7 Millionen, dasjenige der Schule von 11,6 auf 15 Millionen Mark. Für das Rechnungsjahr 1920 (Ende am 31. März 1921) liegt der Haushalt zwar noch nicht vor. Indes kann man keine Rücksicht davon ziehen, daß — wie weiterhin auf Grund misstreffender Bereiche in der Presse verbreitet worden ist — die Finanzlage unserer Stadt die Kennzeichnung „Katastrofisch“ verdient. Ein Begeisterter erwartet mit, daß die städtischen Vermögenswerte, die der Rat ergrieffen hat, gerade dazu dienen, untreue Finanzen diejenige solide Grundlage zu erhalten, deren sie bis anerkannterweise vorliegen.

Die Hauptfragen in jeder Verwaltung sind die Personalaufgaben. Deshalb gebürt auch bei dem Streben nach Sparen dem

Personalamie

eine besondere Rolle. Die Stadt beschäftigte Ende 1919 8808 Beamte und 1138 Angestellte; sie beschäftigt jetzt 7788 Beamte und 900 Angestellte; darunter an Kanzleien und Dienststellen am 1. Januar 1920 1675, heute rund 800. Der Bevölkerungsanstieg beläuft sich jetzt jährlich auf rund 20 Millionen Mark. Die Zahl der Arbeitnehmer betrug am 15. Oktober 1920 noch 6800 (einzigstatisch 500 Rotarbeiter); am 1. Oktober 1921 dagegen 8800, nach Entlassung von 200 Arbeitern der Straßenbau mit Absetzung.

Schulamie

baut 1919 auf die Reußsäder höhere Mädchenschule eine dreistufige Studienanstalt auf, gestaltete die Schülerinnenabteilung der städtischen Gewerbeschule in eine Mädchenschule und Handelschule aus und richtete 1920 die pflichtmäßige Mädchenschulbildungsschule ein. Es übernahm eine Anzahl gewerblicher Nach- und Fortbildungsschulen von den Annunien sowie die Christliche Pestalozzischule. Vor allem führte es durch Vervollständigung der Bürgerschulen und Aufnahme der katholischen Schulen die allgemeine Volkschule durch und verfügt heute, nach der Einigungsende, über 78 Volkschulen. In Arbeit sind weitere Pläne: Aufbau einer Oberrealschule an die Real- und Zeugnisschule und Ausbau der Gewerbeschule zur technischen Mittelschule; Errichtung einer Höheren Schule in Zittau und Verlegung der Altdödauer und Löbauer Hörschule; Fortsetzung der Beruf- und Arbeitsunterricht der Volksschule und zur vorlänglichen Ausbildung dieser und der Fortbildungsschulen.

Die städtischen Sammlungen wurden neuorganisiert und in zwei Teile unterteilt: eine stadtgeschichtliche und eine Kunstsammlung.

Der Liebermann der Frühling

Hoftheater

auf den Staat läßt zu der Förderung eines städtischen Juwelins, dem sich die Zinde nicht entziehen konnte; der darüber geführte Vertrag verpflichtet die Stadt zu einem Beitrag in Höhe von 35 v. H. des Abholbezuges und damit an leidenden Toren von oben fast mehr als 3 Millionen Mark. Dafür ist der Stadt eine Mitverwaltung eingerichtet. Zur Wiederaufnahme und besseren Organisation des Ausbildungswesens wurde ein städtisches Ausbildungsbüro eingerichtet, dem helfen eng alle Kreisen in dankbarer Weise zur Seite stehen. Das Hauptwerk wird neben einer Reihe weiterer gelungener kleineren Ausbildungssachen und neben weiteren folgen — die Verantwortung einer ganzen auf Qualitätsarbeit gerichteten Fortbildungsschule.

Der Theaterchef Giovanni, die in unseren Mauern zu beobachten war den Horizont reichten, haben wir in den vergangenen Jahren, sowohl als möglich, unterstützt und nutzen durch Beiträge zur Freiheit der Siedlung und Freiheit. Giovanni ist es uns in Gemeinschaft mit der Regierung gelungen, drei bedeutende technische Auskünfte für Dresden zu erzielen: ein Fortschrittsinstitut für Textilindustrie, das Feuerwehr-Ausbildungsinstitut für Feuerwehr und die Werkstatt für Handarbeiten. Endlich haben wir selbst mitarbeitet an einem Werk, das dem Namen Gott und seiner Weisheit in besonderem Maße dienen soll: dem Bau und der Unterbringung des Technischen Museums, dem wir einen einflussreichen und würdigen Bau in unserer Stadt zu erstellen hoffen.

Wir geben ins neue Jahr mit schweren Sorgen. Es gilt, unter wirtschaftliche Basis, insbesondere für Handel und Industrie, zu vertereilen und momentan unsere Lage an der Elbe, nahe dem Reußsäder Braunkohlenbezirk und in der Nachbarschaft eines neuen landwirtschaftlichen Staatswesens an unsere Südgrenze anders als bisher anzupassen. Durch die Umgestaltung der außenpolitischen Verhältnisse ist Dresden das deutliche Ausflusstor zur Tschecho-Slowakei und den anliegenden Ländern geworden; es ist der Brüderhof zu der Brücke, die nach Prag und von dort nicht nur über die kleine Elster nach Böhmen, sondern weiterhin auch über den Vertrag von Potsdam nach Wien führt. Dem heißt es, durch aktive Politik Rechnung tragen. Gleichzeitig scheint es, als ob die Schwierigkeiten, denen die deutsche Industrie im Westen, in Österreich und vielleicht noch an anderen Stellen begegnet, ihren Ausfluss nach der Mittelgebirgsregionen hätten. Auch hierauf ist es nötig, klar einzurichten. (Brand)

Der Redakteur des Vorberichters folgte die

Wahl des Vorstandes und der Ausschüsse.

Im Rahmen der Sitzung der Deutschen Volkspartei erklärte Dr. B. Denner, daß die von Anfang der sozialdemokratischen Partei als der höchsten Sphäre auf den Vorberichter noch parlamentarischem Gebrauch anerkannte, trotzdem in Leipzig diese Partei gegen den so genannten Grundgesetz verstoßen habe. — Dr. B. Rohrmann erklärte als Vertreter der Fraktion der Deutschnationalen diesen Worten an — Dr. B. Fischer erklärte, daß die Deputierten nach den blücherischen Erfahrungen keinen Anlaß hätten, von dem geistigen Braume abzuweichen. Sie treten für die Wahl des sozialen Vorberichters ein.

Durch Kurzau wurde Minister a. D. Kühn zum Vorsteher gewählt. Der neugewählte Vorsteher nahm darauf seinen Platz ein und leitete die Verhandlungen.

Auch die übrigen Wahlten wurden aufgerufen vorzutreten. Die gewählten nahmen die Wahl an. An die Vorsteherwahlen wurden gewählt: Hofrat Holt, der der Sitzung in letzter Sitzung vergeben war, und Reichsanwalt Rohrmann.

Dann war das Stellamt konstituiert. Es beschloß, die Zahl der Schriftführer auf fünf und die Zahl der Ausschüsseleiter auf je 10 zu erhöhen. Als Schriftführer wurden gewählt: Buchhalter Fischer, L. Lehrer, Klaus, Buchhalter Wiedenber, Gewerkebeamter Glösser und Lehrer Linde. Nach der Wahl der Ausschüsse fanden deren Konstitution statt. Es wurden berufen zum Vorsteher des Rechtsausschusses Dr. B. Denner, des Finanzausschusses Vorsteher Holt, des Verwaltungsausschusses Dr. B. Hein, des Prüfungsausschusses Frau Dr. B. Mehlmann und des Wahlausschusses Dr. B. Schröder.

Beim Minnen noch 9 Uhr schloß der Vorsteher die Sitzung.

Dörfliches und Sächsisches.

Über den Stand der Grippe im Kreisfreie Sachsen und den angrenzenden Teilen Thüringens ist zu berichten, daß hier von einem epidemischen Ausbreiten der Krankheit nicht gesprochen werden kann. In Leipzig, Dresden und in Halle, wo die Erkrankungen in den letzten Tagen immerhin einige Tausend betragen, und auch eine Anzahl Personen der Grippe zum Opfer fielen, scheint der Hubekrank bereits überschritten zu sein. Jedenfalls wenn nicht ein unerwarteter Rückfall eintrete, augenblicklich von einem Abslauen der Grippe gesprochen werden kann. Aehnlich ist die Lage in den vielen anderen südlichen Städten, wie Chemnitz, Plauen, Zwickau, Annaberg, Altenburg usw. Wo vier Grippeerkrankungen vorkamen, nahmen sie in den meisten Fällen einen autariken Verlauf. Todesfälle ereigneten sich nur ganz vereinzelt. Aus Thüringen wird von einem Juncnheim der Grippeerkrankungen in Weimar, Sonneberg und Greiz berichtet. Es liegt auch hier zunächst kein Anlaß zu Besorgnissen vor, da es sich meist um leichtere Fälle handelt. In anderen thüringischen Städten, u. a. Weimar, Jena, Gotha, hält sich die Zahl der Erkrankungen in möglichen Grenzen. In Eisenach verordnet pflückig infolge Grippe der erste Direktor der dortigen Filiale der Dresdner Bank, Eisenach.

Todesfälle. Wie aus den Familiennachrichten dieser Nummer zu erkennen ist, erlag am 4. Januar der frühere städtische Direktor der Firmen Max Eis und Deutsche Glühlöff-Gesellschaft, Herr Emil Karl August Hellmuth, einem Herzschlag. Dieser verstarb am Mittwoch der Gründer der Firma Herm. Taubert, Sohn Großbaudirektor, Herr Friedrich Hermann Taubert, ein Veteran von 1870/71 mit 87 Lebensjahren, im 74. Lebensjahr.

— **Verteilung.** Die deutsche Ehrendenkmäler des Weltkriegs an sowohl weltlichen wie als mit Edelmetall und Schwermetall geschmückten Banden sind in Dresden verstreut worden. Pfleiderer in der Kriegervereinigung der Freiwilligen Feuerwehr erhielt eine 24 Jahre alte, in der Bergmannstraße wohnende Angestellte, die bewußtlos wurde und blieb. Anwohner mußte sie in die Heil- und Pflegesklinik unterbringen. An der Ecke der Hanauerstraße und Niedergraben kam am Mittwoch abend ein 27 Jahre alter Kutscher aus Dresden-Kennig unter seinen Wagen. Mit einer schweren Verletzung des linken Fußes wurde er nach dem Krankenhaus Friedericksstadt übergeführt.

— **Weinböhla.** Am 2. Januar wurde auf dem bietigen Friedhof unter sehr großer Teilnahme des Postsekretärs a. D. Kasten beerdigt. In ihm ist einer der Mitbegründer der Landesvereinigung der Sächsischen Feuerwehr, deren Direktionspräsident er in den vor Jahren längere Zeit war, bestattet. Seinem Leben, das 82 Jahre gewohnt hat, ist in der Silvesternacht durch einen bedauerlichen Unfall ein Ziel gesetzt worden.

— **Heidenau.** Der zum Gemeindevorstand gewählte Abg. Renke hat mit Zustimmung des Ministeriums die Leitung der bietigen Feuerwehr übernommen. Die Differenz wegen der Amtszeit des bietigen Vorstandes harrt noch der Klärung. — In der Nacht zum Dienstag führte die Müglitz Hochwasser. Dabei wurde u. a. ein großer, etwa 11 Meter langer Baumstamm angetrieben, der sich vor der Einmündung in die Elbe in der Nähe der Noten Mühle festzte. Die Polizei ließ den Stamm bergen.

— **Pirna.** Der frühere Privatdetektiv Dimmroth in Dresden wurde wegen Betriebs und Geschäftsführung eines hier verhaftet. Die Festnahmen sollen gegen 4 Millionen betragen, eine Dresdner Firma durch dieselben ruinirt worden sein. — Paul, eigentlich Eingeschüchtert eines der Täter ist die unter verdächtigen Umständen gestorbene Frau verwüstet in Plauen ermordet worden, vermutlich durch Schläge auf den Unterleib.

— **Douach.** Ein Schadenfeuer entstand am Mittwochabend in der Gräblich-Trocknerei der chemischen Fabrik von Humann u. Co., wahrscheinlich durch Selbstentzündung. Den angezettelten Gemüthen der herbeieilenden Feuerwehren gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beobachten.

— **Königstein.** Ein großer Felsblock ist in der oberen Kirche auf dem Wege von Halberstadt nach Prosen aus den Steinbrüchen zu Tale gegangen und auf dem Fußweg liegegeblieben. Der starke Sturm und das milde Wetter hatten das Felstück gelöst und in Bewegung gesetzt.

— **Oberrohra.** Der 27jährige Justizassistent Horst Quellmalz von hier wurde in Gasdröhre von einem Eisenbahngespann tödlich überfahren.

— **Hochwasser bei Bautzen.** Durch Blühschlag wurde am Silvesterabend der bietige Kirchturm schwer beschädigt.

Städte, Ritterstand und Tradition am Montag, abends 8 Uhr, im Schlosshof Trotha, bei welcher Vorrat die Kutschreihen warten.

— **Ende des Weihnachtszug.** Begleitkomiteeraublich Joachimshof, Rehaustr. 1, morgen, Sonnabend, abends 12 Uhr. Automobilfahrt morgen, Sonnabend, 12 Uhr, im Neukäfer Bahnhof. Chemische Komiteeraublich willkommen. — **Vereinsveranstaltungen.** Freie Vereinigung ehem. 179er. Automobilfahrt morgen, Sonnabend, 12 Uhr, im Neukäfer Bahnhof. Chemische Komiteeraublich willkommen. — **Reisefest der Feuerwehr.** Freitag, 11. Dezember, 1920, 19 Uhr, im Kursaal, Ortsverein Dresden, Altenmarktstraße 17, II. Konzertveranstaltung, Wohnung, 12 Uhr, im Bürgerkabinett. — **Feiert und der Kraenkofreie.** Am 10. d. M. abends 8 Uhr, im Palmengarten, Weihnachtsfeier. Dekorations- und gesetzliche Darbietungen werden neben zwei kleinen Weihnachtsaufführungen „Der Peter“ und „Hansel und Gretel“ Weihnachten im Walde die Vorlesungsfolge bestreiten.

— **Tödlich verunglückt** ist am Mittwoch nachmittag des 1900 im Weißdorfer Gebiet eine unbewohnte und in Dresden-Eichstädt wohnende Zweifamilie auf dem Friedericksstadt Bahnhof, als er verlor, auf einer Bahnzunge während der Fahrt aussteigen. Die Kinder rollten über seine Brust und trennten eine Hand vom Körper. Der Sohn trat auf der Stelle ein.

— **Erwachsene Unfall.** Gestern, Sonnabend, früh wurde auf der Weißdorfer Straße eine 24 Jahre alte, in der Bergmannstraße wohnende Angestellte, die bewußtlos wurde und blieb. Anwohner mußte sie in die Heil- und Pflegesklinik unterbringen. — An der Ecke der Hanauerstraße und Niedergraben kam am Mittwoch abend ein 27 Jahre alter Kutscher aus Dresden-Kennig unter seinen Wagen. Mit einer schweren Verletzung des linken Fußes wurde er nach dem Krankenhaus Friedericksstadt überführt.

— **Weinböhla.** Am 2. Januar wurde auf dem bietigen Friedhof unter sehr großer Teilnahme des Postsekretärs a. D. Kasten beerdigt. In ihm ist einer der Mitbegründer der Landesvereinigung der Sächsischen Feuerwehr, deren Direktionspräsident er in den vor Jahren längere Zeit war, bestattet. Seinem Leben, das 82 Jahre gewohnt hat, ist in der Silvesternacht durch einen bedauerlichen Unfall ein Ziel gesetzt worden.

— **Heidenau.** Der zum Gemeindevorstand gewählte Abg. Renke hat mit Zustimmung des Ministeriums die Leitung der bietigen Feuerwehr übernommen. Die Differenz wegen der Amtszeit des bietigen Vorstandes harrt noch der Klärung. — In der Nacht zum Dienstag führte die Müglitz Hochwasser. Dabei wurde u. a. ein großer, etwa 11 Meter langer Baumstamm angetrieben, der sich vor der Einmündung in die Elbe in der Nähe der Noten Mühle festzte. Die Polizei ließ den Stamm bergen.

— **Pirna.** Der frühere Privatdetektiv Dimmroth in Dresden wurde wegen Betriebs und Geschäftsführung eines hier verhaftet. Die Festnahmen sollen gegen 4 Millionen betragen, eine Dresdner Firma durch dieselben ruinirt worden sein. — Paul, eigentlich Eingeschüchtert eines der Täter ist die unter verdächtigen Umständen gestorbene Frau verwüstet in Plauen ermordet worden, vermutlich durch Schläge auf den Unterleib.

— **Douach.** Ein Schadenfeuer entstand am Mittwochabend in der Gräblich-Trocknerei der chemischen Fabrik von Humann u. Co., wahrscheinlich durch Selbstentzündung. Den angezettelten Gemüthen der herbeieilenden Feuerwehren gelang es, das Feuer auf seinen Herd zu beobachten.

— **Oberrohra.** Der 27jährige Justizassistent Horst Quellmalz von hier wurde in Gasdröhre von einem Eisenbahngespann tödlich überfahren.

— **Hochwasser bei Bautzen.** Durch Blühschlag wurde am Silvesterabend der bietige Kirchturm schwer beschädigt.

— **Aus den amtlichen Bekanntmachungen.**

— **Streifenperrung.** Die Kohlstraße zwischen der Bergstraße — Salzher Chaussee — und der Cunnersdorfer Straße im Stadtteil Coschütz wird wegen Erneuerung der Schotterdecke vom 9. Januar ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fahr- und Fußverkehr gesperrt.

— **Bersteigerungen in auswärtigen Amtsgemeinden.** Rödental. Am 2. Februar soll im Grundbuch für Niedereichenbach Blatt 62 auf den Namen des Kaufmanns Hans Galanowski eingetragen. Es geht auf 1890 zurück und auf 84 880 Mark gebürgt; es liegt an der Königsstraße 26 und besteht aus einem Bandhaus, einem Nebengebäude und Garten.

— **Kontrolle, Zahlungseinrichtungen usw.** Am Dresden eröffnete am 1. Februar eine Kontrollbehörde, welche das Vermögen des Bartholomäus Max Karl Emil Jenker in Dresden, Trompetenstraße 9, zur Zeit im Unternehmenshof, ist das Konkurrenzunternehmen eröffnet und der Rechtsanwalt Dr. Höhne in Dresden, Johann-Sebastian-Bach-Str. 15, zum Konkurrenzunternehmer ernannt worden. Kontrollforderungen sind bis zum 10. Januar bei dem Gericht anzumelden.

— **Streich gegen Verläufe durch Zahlungseinstellung der Kunden.** Die Königlich Preußische Warenkredit-Gesellschaft ohne Auslandshandlung, Unterbindungs- und Postkredit eröffnet.

— **Interessengemeinschaft „Allianz — Hermes“**

Dresden-A., Prager Str. 45, Allianzhaus. Tel. 1233, 1345, 2205.

— **Borsthäfe für den Mittagstisch.**

Reis mit Blumentohl.

— **Gegen Grippe**

III

— **Arkkemp Weinbrand**

c. w. Kamp Nachf. A. G. Berlin

Preis 100.

— **wahre Medizin.**

— **Arkkemp Weinbrand**

c. w. Kamp Nachf. A. G. Berlin

Preis 100.

— **Arkkemp Weinbrand**

c. w. Kamp Nachf. A. G. Berlin

Preis 100.

— **Arkkemp Weinbrand**

c. w. Kamp Nachf. A. G. Berlin

Preis 100.

— **Arkkemp Weinbrand**

c. w. Kamp Nachf. A. G. Berlin

Preis 100

Börsen- und Handelsteil.

Die mittel- und westländische Weberei am Ende des Jahres 1921.

Der Geschäftsjahr zur Jahreswende ist dadurch gekennzeichnet, daß die Konjunktur einer gewissen Unsicherheit gewichen ist. Die Betriebe waren auch bis Ende des Jahres voll beschäftigt, doch handelte es sich in erster Linie um die Erfüllung von Aufträgen, die bereits seit längerer Zeit vorlagen, während neue Aufträge nicht in gleichem Maße getätigt worden sind. Durch die Entwicklung der Mark sind die Warenpreise auf eine nie geahnte Höhe gestiegen, wodurch entsprechende Verkaufspreise bedingt wurden, die viele Häuser, vor allem aus nach Belieferung der Mark im Dezember, von Geschäftsbüchern abhängen. Werner steigen die Versorgungskosten weiter infolge Rohstoffsteigerungen, Erhöhungen der Garmentpreise, sowie der allgemeinen Kosten, insbesondere der Kohlenpreise.

Herr H. Böbel und Dekorationsstoffe liegt noch reichlich Beschäftigung vor, auch für das erste Quartal 1922. Die Nachfrage nach Pläischen aller Art ist augenblicklich noch robust, wenn auch hier Aufträge auf lange Zeit hinaus in Auftrag gegeben werden. Für Tisch- und Diwandecken sind im Herbst auf Grund der heute niedrig erscheinenden Warenpreise des vergangenen Sommers zahlreiche Bestellungen erfolgt, an deren Erfüllung noch gearbeitet wird. Die Teppichfabriken sind noch mit den alten, zu billigen Preisen gefertigten Abschlüssen beschäftigt. In neuen Räumen kann sich die Kundenschaft bei den hohen Preisen nicht entscheiden; sie erwarten einen Preisabschlag. In der Kammgarnweberei fehlen neue Aufträge fast ganz; nach dem letzten Weihnachten ist es sehr still geworden. Die Betriebe arbeiten zurzeit noch an allen Bestellungen. Sehr gelagert wird über die schwierige Rohstoffbeschaffung, insbesondere über die mangelhafte Lieferung von Kunstseide für Frankfurter Seidenstoffe. In der Cebaline-Weberei, die sich eines großen Auftragsbestandes erfreut, macht sie bereits eine allgemeine Stützung bemerkbar, nachdem die zu billigen Preisen abgeschlossenen Mengen Rohseide ziemlich ausgearbeitet sind. Es ist nicht zu erwarten, daß die Kundenschaft die neuen Preise, die durch den neuen Anfang von Seite bedingt werden würden, annehmen wird. In einzelnen Betrieben wird bereits kurz gearbeitet und es ist mit weiterer Einschränkung zu rechnen, vor allem auch deshalb, weil Chenille nur in sehr geringem Maße Exportiert ist. Die allgemeine Beschäftigung in der Rohbaumwollglattweberei ist in den letzten Wochen unverändert geblieben. Dies wird auch für den Anfang des kommenden Wirtschaftsjahrs gelten, während später nur wenig Verkäufe vorliegen, was seine Ursache zum Teil darin hat, daß viele Firmen das Risiko, zu schweren Preisen zu verkaufen, bei der Unmöglichkeit über die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise nicht auf sich nehmen wollen. Auslandserlöse werden nur wenig getätigt. Es ist schwer, gegen die englische, italienische und amerikanische Konkurrenz anzutreten. Die Arbeitsmarktlage ist also günstig zu bezeichnen. Die Nachfrage nach Fabrikarbeitern ist immer noch lebhaft, die Zahl der erwerbslosen Weber hält sich auf einem erstaunlich niedrigen Stande. Sie nicht eine Klärung über die künftigen Reparationsleistungen und die damit zusammenhängende Bewertung der Mark erfolgt, läßt sich die weitere Entwicklung der Geschäftslage auch nicht annähernd voraussagen.

Auflösungsanträge an der Dresdner Börse. Es ist beantragt worden, 4.500.000 M. neue Stammmittel der Aktiengesellschaft für Kartätsche und Industrie in Loschwitz und 3 Millionen Mark neue Stammmittel der Düngertreibstoff-AG in Dresden in Dresden zum Handel und zur Notiz an der Börse zu Dresden zuzulassen.

* Berlangt in fremder Währung. In ihrer letzten Sitzung beschäftigte sich die Solinger Handelskammer mit dem Problem des Verkaufes in fremder Währung nach dem Ausland, worüber in den letzten Wochen in den Arbeitgebervereinigungen der Solinger Industrie mehrfach verhandelt wurde. Geheimrat Dr. Duisenberg betonte die Notwendigkeit der Abstimmung von Deutzen an die Reichsbank, besonders von den Industriezweigen, die ihre Erzeugnisse vornehmlich in das Ausland verkaufen. Am weitesten Umsorge setzt die deutsche Industrie dazu übergegangen, den Verkauf in ausländischer Währung den währungsstarren Ländern vorzuschreiben — In der Erörterung wurde darauf hin gewiesen, daß auch die ausländische Kundenschaft in immer stärkerem Maße nicht mehr in Mark, sondern in der Währung ihres Landes zu kaufen möchte, weil die Werte des Lebendgutes wurden nicht verkauft, da ein Rückgang der Aufträge nicht ausbleiben werde. Die Kammer sprach sich einstimmig dafür aus, daß nach dem Währungsspekulationen im Ausland zu verkaufen, so daß diese auf einen Zug eine Aktie bekommen und zwar wiederum zum Kurs von 120 %.

Deutsche Friedrich August-Wühlemewerke Aktiengesellschaft, Döhlitzien. Nachdem sie in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 22. November 1921 beschlossene Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, werden durch die in der vorliegenden Nummer erscheinende Bekanntmachung die Stammmittäne aufgerufen, das ihnen zustehende Bezugsgerecht innerhalb der Periode vom 9. bis zum 24. Januar 1922 einschließlich an die bislangen Blätter bei der Direktion, sowie deren Depotinstituten oder bei der Bank für Handel und Industrie Filiale Dresden, sowie deren Zweigstelle d. G. V. übergetragen zu machen. Auf je 1000 Mark börsiger Aktien können drei bzw. auf je 1000 M. börsiger Aktien eine neue Aktie über je 1000 M. zum Kurs von 180 % bezogen werden. (Es soll aber auch Aktionäre, die weniger als 2000 M. börsiger Aktien oder nicht durch 3000 teilbare Beträgen börsiger Aktien besitzen, ermöglicht werden, das Bezugsgerecht im entsprechenden Verhältnis unter Regulierung der sich ergebenden Bezugsbeträge anzuzeigen. Die Bezugsschulden sind zur Verhinderung des Erforderlichen bereit.) Zum Zwecke des Bezuges sind die alten Aktien ohne Dividendenanspruch bei den Bezugsschulden einzurichten.

Auflösungsanträge an der Dresdner Börse. Es ist beantragt

worden, 18. Stammmittel ohne Dividendenanspruch bei den Bezugsschulden einzurichten.

Kurt Breuer A.-G. in Hainichen. Unter Mitwirkung des Chemnitzer Bankvereins wurde geherrscht die seit langen Jahren unter der Firma Kurt Breuer in Hainichen bestehende östliche Handelsgesellschaft in eine Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 2 Millionen Mark umgewandelt. Zweck der Gesellschaft ist die Übernahme und die Fortführung des alten Unternehmens, insbesondere des Handels mit Walzwerkzeugen und Grubenprodukten und der damit zusammenhängenden Erzeugnissen.

Reiburger Papierfabrik zu Weihenborn. Nachdem die in der außerordentlichen Hauptversammlung vom 18. Dezember 1921 beschlossene Kapitalerhöhung in das Handelsregister eingetragen worden ist, werden durch die in der vorliegenden Nummer erscheinende Bekanntmachung die Aktionäre aufgerufen, das ihnen zustehende Bezugsgerecht innerhalb der Periode vom 9. bis zum 24. Januar 1922 einschließlich an die bislangen Blätter bei der Direktion, sowie deren Depotinstituten oder bei der Bank für Handel und Industrie Filiale Dresden, sowie deren Zweigstelle d. G. V. übergetragen zu machen. Auf je 1000 Mark börsiger Aktien können drei bzw. auf je 1000 M. börsiger Aktien eine neue Aktie über je 1000 M. zum Kurs von 180 % bezogen werden. (Es soll aber auch Aktionäre, die weniger als 2000 M. börsiger Aktien oder nicht durch 3000 teilbare Beträgen börsiger Aktien besitzen, ermöglicht werden, das Bezugsgerecht im entsprechenden Verhältnis unter Regulierung der sich ergebenden Bezugsbeträge anzuzeigen. Die Bezugsschulden sind zur Verhinderung des Erforderlichen bereit.) Zum Zwecke des Bezuges sind die alten Aktien ohne Dividendenanspruch bei den Bezugsschulden einzurichten.

Schubert & Salzer Maschinenfabrik Aktiengesellschaft, Chemnitz. Der Aufsichtsrat beschloß, einer am 4. Februar d. J. stattfindenden außerordentlichen Hauptversammlung die Erhöhung des Grundkapitals um 18 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark vorzuspielen. Die jungen Aktien sollen an der Dividende das laufende Geschäftsjahr, also ab 1. April 1922, voll teilnehmen und den börsigen Aktionären im Verhältnis von 1:1 zum Kurs von 120 % zum Bezug angeboten werden. Die hierbei nicht benötigten 3 Millionen Mark neuen Stammmittel werden unter Gewinnbeteiligung der Gesellschaft durch das Bankenkonsortium bestmöglich verwertet. Außerdem soll Geschäftsführer werden über die Aussage von 3 Millionen Mark Vorratsschulden eingestellt und sechs Jahre Emissionsfrist haben werden.

Deutsche Autoware und Weberei Aktiengesellschaft in Weizen. Die Gesellschaft beruft für den 3. Februar d. J. eine außerordentliche Hauptversammlung, welche über eine Kapitalerhöhung um nun 100.000 M. auf 6 Millionen Mark befürworten soll. Diese Kapitalerhöhung wird vorgenommen, um die noch bestehenden Gründungsanteile dadurch zu ihrer endgültigen Erfüllung zu bringen.

Leipziger Werkzeugmaschinenfabrik norm. B. v. Pötsch A.-G. in Leipzig. Die außerordentliche Hauptversammlung beschloß die Erhöhung des Aktienkapitals um 4,2 auf 15,5 Millionen Mark. Von den neuen Aktien geben 2,05 Millionen Mark an die Commerz- und Privatbank zu 200 % mit der Verpflichtung, sie werden ebenfalls von der Commerz- und Privatbank zum Nominalwert übernommen, wonach die Sammlung sich verpflichtet, nach Verfüzung der Gesellschaft diejenigen bereitzustellen, wenn ein solches Verlangen innerhalb von zwei Jahren gestellt wird. Die Aktien sind ab 1. Januar d. J. dividendenberechtigt. Die Erhöhung wurde begründet mit den immerfort steigenden Vertriebskosten. Das Unternehmen ist auf lange Zeit hinaus gut beschäftigt.

Pretreue & Co. A.-G. in Leipzig. Die Generalversammlung genehmigte die Verteilung einer Dividende von 16 (12 %), aus einem Reingewinn von 368.000 M. (188.574 M.). Das Unternehmen ist bis auf weiteres voll beschäftigt.

Mansfelder Syndikat A.-G. Die in Berlin abgehaltene Generalversammlung beschloß, die Firma in Mansfeld, A.-G., mit dem Ziel in Südebenen umzuwandeln. Gleichzeitig wurde beschlossen, das Aktienkapital von 70 auf 120 Millionen Mark zu erhöhen. Die neuen Aktien werden den alten Aktionären im Verhältnis von 1:5 zum Kurs von 120 % angeboten. Demnächst soll ein Umtauschangebot an die Aktionärschaft von Mansfeld erfolgen, so daß diese auf einen Zug eine Aktie bekommen und auf diese Aktie hin fünf neue Aktien bezahlen können, und zwar wiederum zum Kurs von 120 %.

Gebr. Steeman & Co. Spinnerei und Weberei zu Norden. In der in Dresden abgehaltenen Hauptversammlung verzögerten sich Aktionäre insgesamt 284 Stimmen. Die Willens und der Geschäftsführer wurden einstimmig genehmigt. Ebenso wurde dem Vorstand und Aufsichtsrat einstimmig Entlastung erzielt. Die börsigen Aufsichtsratsmitglieder, Kaufmann Wilhelm Mendel, Robens, und Kaufmann Hermann Lewand, Westel, hatten ihre Amt niedergelegt und eine Wiederwahl aus Wangel am Interesse ablehnen. Neu in den Aufsichtsrat wurde gewählt Bankdirektor Johann Henne von der Darmstädter Bank, Hiltite Lohse in Norden. Der Aufsichtsrat besteht außerdem noch aus den Herren Fabrikbesitzer Paul Schie, Kirchau, als Vorsteher und Kaufmann Franz Proenen, Rötha, als hellvertreternden Vorsteher, Dr. iur. Max, Kirchau, Direktor Schuhmacher, Kirchau, und Kaufmann J. G. Hamer, Köln.

* Eine Londoner Welle unter deutscher Beteiligung. Im abgelaufenen Jahre hatten sich bereits mehrere Angelegenheiten dafür eingesetzt, daß die nach dem Kriege in England börslich systematisch

gelöste Ausstellungsbopolitik gegen Deutschland allmählich an einzelnen Stellen durchdrückt wird. Hatte doch z. B. die Zeitung der ursprünglich im September und Oktober 1921 geplant gewesenen, ab dann jedoch auf den Juli 1922 verschobenen Internationalen Arbeiterwohlfahrt-Ausstellung in London, sowie diejenige der im September 1922 gleichfalls in London bevorstehenden Rohstoffmittel-Ausstellung ausdrücklich und offiziell den Wunsch nach einer lediglich deutschen Beteiligung deutlicher Kriege aufgezwungen. Soeben erhält nun das Ausstellungsbüro und Reichsamt der Deutschen Industrie von zuständiger Seite die Mitteilung, daß auch die in der Zeit vom 3. bis 14. Juli 1922 in der Royal Agricultural Hall in London bevorstehende 4. Internationale Messe (London Fair und Markt), die in der Hauptloge Hotelkette für Juwelierartikel, Eisenwaren, Papier- und Schreibmaterialien, Galanterie, Mode- und Kurzwaren, Spielzeug und Sportartikel umfaßt, eine zahlreiche Beteiligung deutscher Fabrikanten besonders begrüßt würde. Die "London Fair" wird von der seit 1894 bestehenden Gesellschaft "The International Trade Exhibition Ltd." durchgeführt und in diesem Jahre zum ersten Male seit ihrem Bestehen einen vollkommen internationale Charakter tragen; lediglich Flörsheimer Schmuckwaren sind von einer Befreiung ausgeschlossen. In dem allgemeinen Ausstellungsbiprogramm wird ausdrücklich bemerkt, daß der frühere Ausschluß deutscher und österreichischer Märkte als eine falsche Politik erkannt worden ist, die nur zur Verhinderung Kaufleute von Einläufern geführt habe, und daß es jetzt wohl keine englische Firma mehr gebe, die es ablehnt, deutsche Waren zu kaufen. Dank dem Entgegenkommen des Uebersee-Ministeriums genießt die Messe die praktische Unterstützung sämtlicher britischen Consulate. Der Ausstellungstermin ist auf den Juli gelegt, um eine Gleichzeitigkeit mit den großen britischen und den verschiedenen kontinentalen Messen zu verhindern.

Wechselkurse im Freiverkehr am 5. Januar bis nachmittags 6 Uhr.

(Mitgeteilt von Gebr. Arnhold in Dresden.)

Holland (100 Gulden)	7350.	Dänemark (100 Kronen)	2070.
England (1 Pfund Sterling)	825.	Amerika (1 Dollar)	200.
Schweden (100 Kronen)	3870.	Frankreich (100 Francs)	1000.
Italien (100 Lire)	840.	Deutschland (100 Kronen)	600.
Ungarn (100 Kronen)	329.	Ungarn (100 Kronen)	312.

Marktkurse (für 100 M.): Amsterdam 1,86%; Gulden, Copenhagen 2,57; Kronen, Stockholm 2,02%; Kronen.

Dresdner Börsen-Freiverkehr vom 5. Januar.

Mitgeteilt vom Bankhaus Baessene & Frische, Dresden, Gewandhausstr. 3.	Anglo-Schweiz	485-495	Preußen	—	
Anglo-Schweiz	—	Frank. Mark.	820.	Spanien (1. Kasten)	—
Anglo-Schweiz	—	Gulden	—	Spanien (2. Kasten)	—
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (1. Kasten)	920-930
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (2. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (3. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (4. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (5. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (6. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (7. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (8. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (9. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (10. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (11. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (12. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (13. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (14. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (15. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (16. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (17. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (18. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (19. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (20. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (21. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (22. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (23. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (24. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (25. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (26. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (27. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (28. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (29. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (30. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (31. Kasten)	950-955
Anglo-Schweiz	—	U.S. \$.	—	Wales (32. Kasten)	950-955

Philharmon. Orchester.
Heute Freitag 7^h Uhr Gewerbehaus
Volks-Sinfonie-Konzert
 Dirigent: Prof. I. O. Mrazek.
 Solist: Erik Wildhagen, Tenor, Staatsop.
 Ouvert. Flieg. Holländer. Arias des Lenzai,
 3 Orch.-Lieder v. Mrazek: Am Strand,
 Wie der aufkommende Wind, Erwartung
 (Uraufführung), Mahler: Sinf. Nr. 1 D-dur.
 Karten mit St. u. Kinderablage: 18,50, 9,50,
 Stehp. 4,50 bei F. Riese, Seestra. 21, u. Abendkasse.

3 Gastspiele vorz. E. E. Holzbaum-Konservatorium
Johann Strauß
 aus Wien
 mit dem Philharm. Orch. im Gewerbehaus
 Morgens Sonnabend: 7^h Uhr: Ein Abend
 von Strauß.
 Sonntag: 4 Uhr: Die Operette von Ester u. Jozef.
 Sonntag: 7^h Uhr: Wiener Walzer-Konz.
 Karten, max. und nichtumtauschen Tischpl. 14,50,
 10,75, 7,50 mit St. bei F. Riese, Seestraße 21,
 und Saalkasse.
 Nachmittags kleine Preise.

Königshof-Theater. Täglich
 Max Neumann u. Gesellschaft
 Der neue Lachjäger: „Enschuldigen Sie“
 Burleske in 1 Akt von M. Neumann
 „Einbrecher“, Sketch von M. Neumann-Dörfel.
 Paul Boden, die bekannte Idiotin.
 aus der tollp. große Solotour.
 Wegen gesetzl. wochentags gültig.
 Theater get. gebettet.

Pyramids Ant. 1430
Dresden **halia-** **theater**
Deutsches **Theater**
 Ist der Erfolg des Riesen-
 Weihnachts-Spielplanes
 Übersicht: Hüttenrover - Bilder.
Enorm

Buntes Theater
 Pariser 2204 (Tivoli-Palast) Dir. M. Hoffmeyer.
 Varieté- und Kabarett-
8 Uhr **8 Uhr**
 Elsa Timo, Vorsitzsängerin,
 Georg Krönlein, Humorist,
 Hans Borosé, Jalousist,
 Madda Ganesa und Partner,
 asiatische Tänze m. lob. Russenschlangen,
 Heinz Norden in seinem Repertoire und
 Conferencier,
 Diana Gerster, Bevorsängerin,
 Miss Stuart, Deutschen-Künstlerin,
 Krönlein-Timo, und. Gelände u. Tanz-Duet.
 Künstlerkapelle: Erwin Hentschel.
 AB 10^h, Uhr
 Intime Künstlerklause.

Seite 8

Dresdner Nachrichten
 Freitag, 6. Januar 1922

Mr. 10

Sarrasani
 Täglich 7,15 Uhr. Sonntag u. Mittwoch auch 3 Uhr.
 Vorverkauf: Kinderkasse und Residenz-Kaufhaus
 (ohne Aufschlag).
 6 Karleys
 5 Löres
 16 Akrobaten
 3 Olympias
 3 Genoss. Mundeling
 3 Rondelle
 2 Mystery-Kugel
 Miss Volta
 Puppen
 100% Schutzschluß
 Quadrille 5 Erdteile
 Rudis, Equilibristen
 Der Kleine Max
 Der lange Emil
 Freiheitsdressuren
 Radetzky's Grisly-Bären

Jede
 Nummer
 erst-
 klassig!

BLESCHE :: Bar und ::
 Weinstuben
 Täglich nachmittags und abends
 vornehme
KÜNSTLER-KONZERTE
 5-UHR-TEE
 von 4 bis 7^h, Uhr
 Gedeckte an kleinen Tischen
 LIKÖR-BÖFFETT
 Eigene Konditorei — Sehr gute Küche
 GUT GEPFLEGTE WEINE
 Spezialität: BLESCHEPLATTE

Restaurant
Continental-Hotel
 Vornehmstes Restaurant
 am Hauptbahnhof.
 *
 Täglich abends
Künstler-Konzert
 *
 Elegante Räume für Privatfeiern u.
 und Konferenzen

Neuer Sachsen-Palast
 Dresden-A. Neumarkt 3
 Vorzügliche Küche u. B. Weine
 Mittags- und Abend-Gedecke
 Rot und Weiß Schoppenweine.
 Täglich Künstler-Konzert
 Friedrich Schumann.

U.T. **Licht-Spiele**

„Die Schuld des Grafen Weronski“

Großes Schauspiel in 4 Akten. Nach der Novelle „Erste Liebe“ von Turgenjeff.
 Für den Film bearbeitet von Thomas Hall.

In den Hauptrollen:

Carola Toelle — Erich Kaiser-Titz Adele Sandrock.

Wochen- und Sonntags: 4, 7, 7 und 9 Uhr

Prinzeß Theater
 Der große Sascha-Film der Ufa
Frau Dorothys Bekanntnis
 Eine abenteuerliche Angelegenheit in 5 Akten
 In der Hauptrolle:
Luci Dorraine,
 die gelehrteste österreichische Film-Diva.

Chaplin schiebt Klaviere
 Film-Groteske in 1 Akt,
 in der Hauptrolle:
Charlie Chaplin,
 der populärste Filmschauspieler der Welt.
 Sonn- und Wochentags 4, 6^h, und 8^h, Uhr.

Tonbild-Theater
 Prager Straße 47.
 Ab Donnerstag den 5. Januar:

Der Gespensterklub
 Detektiv- und Sensationsfilm in 5 Akten.
 In der Hauptrolle:
Aruth Wartan.

Junggesellenwirtschaft
 Lustspiel in 2 Akten.

Sparkasse Cossebaude.
 Fortverzinsung der Einlagen mit 3^{1/2}%.

Olympia-Theater
Lotte Neumann
 In dem neuesten Lustspiel
Papa kann's nicht lassen!
 Regie: Erich Schönfelder.

John und Jonny
 Eine lustige Spieghelengeschichte mit Garhard Damms.
 Verführungen. Werktagen 4, 6, 7 und 9 Uhr
 Sonn- und Wochentags 3, 5, 6, 7, 8 Uhr

Stenographie!
 Wir eröffnen Montag, den 9. Januar, abends 7 Uhr,
 in der Kreuzschule, Georgplatz 6, Zimmer 40, einen neuen
Anfängerkursus
 für Herren und Damen jeden Standes. Unterricht Montags und
 Dienstags 7 bis 9 Uhr. Übungstage 10-12. Dauer eines
 Monats. Anmeldung zu Beginn des Unterrichts.
Stenographenverein Gabelsberger, Dresden-Süd
 Geschäftsstelle:
 Dresden-Gruna, Lange Zelle 16, Fernsprecher 31193.

Ball-Anzeiger
 für Freitag den 6. Januar:
Eldorado Stein- u. Tanz-Sch. u. Wein-Abbildung
 Krebs, Ossenbeck 1, 2, 12, 18, 19, 21, 22
 Freitag 6, Sonntags 4 Uhr.
Wahns Tanzpalast Umg. Cir. 6. Altmarkt 10 u. 12
 Grillkeller Verkehr.

Paradiesgarten!!!
 Gebühren 10,- 12,- 15,- 18,- 20,- 22,-
 Heute sowie jeden Freitag
Das beliebte Ballfest.
 Eintritt 10,- 12,- 15,- 18,- 20,- 22,-
 abends: Der Tag in Mo-
 gelnacht, abends: Die Ghe-
Residenz-Theater.
 1/24 Weihnachtsmärchen des
 Carl Witt.
 Der König G. Till
 Die Königin Sophie
 Prinz Oskar Sophie
 Roland Gustav
 Die Prinzessin Karoline
 Prinzessin Gräfin
 Schmidlidi Gottlieb
 1/8 Operette von M. Bremme
 Baron Edgar Gustav
 Sophie Charlotte Sophie
 Maximil. Sophie
 Müller Sophie
 Der Tänzer Gustav
 Ende 10 Uhr.
 abends: Der Tag in Mo-
 gelnacht, abends: Die Ghe-

Central-Theater.
 1/4 Michael, der Ruhmhoher.
 Das Weihnachtsmärchen von
 B. H. Hartung.
 Frau Agnes Sophie
 Michael Gustav
 Der Sohn Michael
 Der Vater Gustav
 Die Prinzessin Sophie
 1/2 Operette von Jean Gilbert.
 Ursula Sophie
 Cipo Sophie
 Melitta Sophie
 Der Vater Gustav
 Die Prinzessin Sophie
 Ende 11 Uhr.
 abends: Michael, der Ruh-
 mhoher, abends: Die Brüder des
 Ursula.

Renner Gork
 und Geräte
 Kleidung
 Ski-Anzüge / Windjäden
 Ski-Mützen / Skiteufel
 Ziegenhaar-Soden
 Pjaga-Bänder / Ski-
 Hölzer, -Stöcke, -Bin-
 dungen, -Wachs, -Del
 und Geräte
 Teer / Ziehleinen / Trag-
 gurte / Spanner / Ersatz-
 teile / Werkzeug- u. Repa-
 ratur-Kästen / Steigefisen
 Robelschlitten / Thermos-
 flaschen / Becherflaschen
 und Geräte
 Fussball / Leicht-
 Athletik / Soden
 und Geräte
 Ski-Reparaturen
 Fussball / Leicht-
 Athletik / Soden
 und Geräte
 Wasser- / Turnen
 Winter- / Wintersport
 Wasser- / Turnen
 und Geräte

Brillanten, Gold
 und Silbersachen aus
 G. Ruske, Pillnitzer Str. 13,
 Gebäude Postkonzern-Zentrale.